

Chiles Sozialisten wiedervereinigt
Zum jüngsten Kongreß der Partei Salvador Allendes

Von Ernst Waltemathe MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Chile der SPD-Bundestagsfraktion

Die Partei Salvador Allendes hat eine lange Tradition. Bedingt durch den Putsch 1973 und die Verfolgung und Exillierung vieler führender Köpfe gab es eine Spaltung in "westlich" orientierte Sozialisten, die mehr der europäischen Sozialdemokratie zugeneigt sind, und den "östlich" orientierten orthodoxen Marxisten.

Der Demokratisierungsprozeß in Chile, die Vorbereitung auf das Plebiszit vom 5. Dezember 1988 und die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 14. Dezember 1989 brachten eine Partei neuen Zuschnitts hervor, die PPD - Partei für Demokratie, die weitestgehend von den beiden Flügeln der sozialistischen Parteien beherrscht wird. Somit sind die Debatten um eine "Wiedervereinigung" der sozialistischen Partei auch bestimmt durch inzwischen drei Strömungen: die PS-Nenez, die PS-Almeyda und die PPD.

Vom 22. bis 24. November 1990 fand der Parteitag der neuen, wiedervereinigten PSU statt. In Vorbereitung auf diesen Parteitag konnten am 4. November 1990 die rund 57.000 eingeschriebenen Mitglieder in Urwahl Parteiführung und Delegierten für den Parteitag wählen. Die Parteispitze, Präsident Jorge Arrate, Vizepräsident Ricardo Nunez und Generalsekretär Manuel Almeyda waren allerdings schon im Vorfeld für eine Zwei-Jahres-Periode ausgehandelt worden - Jorge Arrate und Ricardo Nunez sollen nach einem Jahr rotieren - und konnten nur noch formal bestätigt werden. Wegen dieser Vorabgespräche gab es zum Teil sehr deutliche parteiinterne Kritiken.

Zu wählen waren:

- die 97 Mitglieder des zukünftigen Zentralkomitees
- die 54 regionalen Parteivorstände (entsprechen den Bezirksvorständen)
- die Sektionsvorstände (entsprechen den Ortsvereinen)
- die 400 Delegierten für den Parteitag vom 22. bis 24. November in Valparaiso.

Für die Besetzung des Zentralkomitees erhielt die Liste der orthodoxen Sozialisten, die mit dem Namen Clodomiro Almeyda verbunden sind, 33 Sitze; die Erneuerungssozialisten unter Jorge Arrate, die inzwischen aber von Isabel Allende, der Tochter Salvador Allendes, angeführt werden, erhielten 27 Sitze und die liberale PPD unter Ricardo Lagos und Erich Schnake 24 Sitze. Diese deutliche Führung der Almeyda-Sozialisten hat Überraschung ausgelöst.

Bestimmt werden die jetzigen parteiinternen Wahlen Auswirkungen haben auf die Formation für die Präsidentschaftswahlen 1994.

Die Wahlbeteiligung - 26.000 Mitglieder haben gewählt - gilt als die höchste unter parteiinternen Wahlen in Chile. Vielleicht läßt sich darin eine neue politische Überzeugung der PSU erkennen, nämlich mehr Beteiligungsdemokratie und weniger Hierarchisierung in der Entscheidungsfindung zuzulassen.

Bei manchem widerstrebendem Flügelschlagen ist doch damit zu rechnen, daß die Wiedervereinigung der Partei dauerhaft sein wird, weil Abspaltungen immer zu einer Schwächung der demokratischen Linken geführt haben.

Abzuwarten bleibt, ob eines Tages die PSU zur Sozialistischen Internationalen (SI) der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien gehören wird.

(-/26.11.1990/rs/ks)

REZENSION

Zwei intelligente Bücher zum Wiederaufstehen des Nationalismus

Peter Glotz: Der Irrweg des Nationalstaats, Europäische Reden an ein deutsches Publikum, Deutsche Verlagsanstalt: Stuttgart 1990, 207 Seiten, DM 29,80 und Wolfgang Herles: Nationalrausch, Szenen aus dem deutschen Machtkampf, Kindler-Verlag: München 1990, 256 Seiten, DM 34,00.

Der Prozeß der deutschen 'Staatsbildung' ist mit dem Beitritt der ehemaligen DDR Anfang Oktober dieses Jahres abgeschlossen. Doch für eine breite, offene, konfliktbereite und konsensfähige Grundsatz-Debatte darüber, welchen Weg denn dieses 'neue', größere Deutschland in die Zukunft gehen sollte, blieb im hektischen 'Deutschland, eilig Vaterland' keine Zeit. Was im Vereinigungsjahr und angesichts des permanenten Wahlkampfes ausgeklammert blieb, wird uns - so ist zu vermuten und auch zu hoffen - bald umso intensiver beschäftigen. Deutet man die Zeichen der Zeit richtig, so wird ein Thema auch die Frage nach der Renaissance des Nationalstaatsgedanken sein. Die nationalstaatliche Idee ist auf die Übereinstimmung ethnischer und staatlicher Grenzen fixiert und verfolgt das Ziel einer kulturell einheitlichen Gesellschaft. Protagonisten des Nationalstaates sehen in ihm vielfach die Verwirklichung einer 'natürlichen Ordnung'. Der Bielefelder Sozial-Historiker Hans-Ulrich Wehler hat kürzlich in dem eindringlichen Artikel 'Wider die falschen Apostel' (DIE ZEIT, Nr. 46 vom 9. November 1990, S.54ff.) in Erinnerung gerufen, daß es die National-Historiker des 19. Jahrhundert waren, die dieses unhistorische Verständnis von 'Nationalstaat' und 'Nationalismus' popularisiert haben. Festzuhalten ist deshalb, daß Begriffe wie Nation, Nationalstaat und Nationalismus 'soziale Erfindungen' Europas zu Beginn der Moderne sind, die Antworten versprachen auf die Herausforderungen säkularer Krisen.

Gestützt auf den Mythos einer glorreichen nationalen Vergangenheit und zugleich einer künftigen nationalen Regeneration versprach diese Ideologie eine neue Legitimationsbasis für politische Herrschaft, die in Frage gestellt wurde. Untersucht man das Phänomen Nationalismus unter funktionalistischen Gesichtspunkten, so dürfte unbestritten sein, daß er nach innen integrierend und nach außen abgrenzend gewirkt hat. Teile der deutschen Geschichte lassen sich als Lehrbeispiele für dessen Folgen interpretieren. Innen- und außenpolitische Feindbilder werden konstruiert und instrumentalisiert, gegen die Zersplitterung durch den Partikularismus wird als Gegengewicht erst die 'Einheit des Volkes' und schließlich die 'ethnische Schicksalsgemeinschaft' gesetzt. Der nationalsozialistische Amoklauf mit den Vernichtungslagern für 'Ariemdes' hat gezeigt, wohin Nationalismus letztlich führen kann, wenn er eine rassistische 'Begründung' erfährt.

Selbstverständlich besteht diese Gefahr heute im vereinigten Deutschland nicht. Es gab und gibt Kritiker der deutschen Einheit, die Furcht geäußert haben vor einem neuen, aggressiven Nationalismus. Die Entwicklungen der letzten Monate haben diese Befürchtungen nicht bestätigen können. Der Vereinigungsprozeß lief insgesamt ohne übertriebenes nationales Pathos ab. Die Freude über das Ende der Teilung führte auch nicht zu unkontrollierten national-emo-tionalen Aufwallungen. Das Thema Einheit reduziert sich im politischen Alltagsgeschäft mehr und mehr auf die Frage nach den Kosten der 'gesellschaftlichen' Vereinigung. Und dennoch wäre es ungerechtfertigt, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Sensibel und aufmerksam ist nachzuspüren, wie sich in Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik Akzentverschiebungen andeuten, deren Gefahren heute sicher noch nicht genau abzusehen sind. Erinnert sei an die Versuche namhafter Historiker im gleichnamigen Streit, einer 'Entsorgung der deutschen Vergangenheit' das Wort zu reden. Spätestens seit dieser Zeit machen Begriffe wie 'nationale Normalität', 'normales Nationalgefühl', 'geläuteter Nationalismus', 'gesundes Nationalgefühl' oder 'zeitgemäßer Nationalismus' erfolgreich die Runde, im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung sogar zunehmend Karriere.

Stilistisch brillante Streitschrift von Peter Glotz

gPeter Glotz, einst als sozialdemokratischer Vordenker gefeiert und heute als sozialdemokratischer Querdenker geduldet, hält von diesen teils raffiniert-hinterhältigen, teils gutgemeinten Kompromißangeboten gar nichts. In seiner stilistisch brillanten Streitschrift plädiert er leidenschaftlich gegen das Wiederaufleben jedweden Nationalismus. Ihn motiviert die Sorge, daß die Entlegitimierung des Nationalismus durch Hitler nachläßt. In der mit der Volkssouveränität verschwisterten Idee des Nationalstaates sieht er das Grund-Übel, das in Europa zu den bekannten Katastrophen (Krieg, Vertreibung, Zwangsassimilation und Ausrottung) geführt hat. Seine "europäischen Reden an ein deutsches Publikum" orientieren sich historisch und literatursoziologisch an Fichtes "Reden an die deutsche Nation" von 1807, die von Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn popularisiert wurden und dem Denken in Deutschland eine völkisch-antieuropäische Richtung gaben. Die harsche Kritik an diesem "Trio infernale" der deutschen Geistesgeschichte verknüpft Glotz mit einer Abrechnung mit der nationalistischen Intelligenzia von heute, der er entgegnet, daß man dem Nationalismus keine Konzessionen machen darf. Für ihn ist der Nationalismus ebenso widerlegt wie der Marxismus-Leninismus. Doch während das Ideengebäude von Marx und Lenin zerfallen und im Verschwinden begriffen sei, erfahre der Nationalismus eine dramatische Wiedergeburt.

Glotz lenkt seinen Blick immer wieder auf die Situation in Mittel- und Osteuropa, wo starke Tendenzen einer Renationalisierung nicht zu übersehen sind. Er hält es für eine Gefahr, daß diese europäischen Völker nach dem Scheitern des Marxismus-Leninismus auf die "alte" Identität des Nationalismus zurückfallen könnten und daß Gesamt-Europa dann in einem strukturlosen Durcheinander rivalisierender Nationalstaaten endet mit den Konsequenzen, für die die europäische Zwischenkriegszeit ein abschreckendes Vorbild darstellt.

Reflexionen eines Verfassungspatrioten

Während Glotz historisch und mit Blick auf die europaweite Situation gegen die für ihn mächtigste und gefährlichste Strömung des Zeitgeistes argumentiert, steht für den Leiter des Bonner ZDF-Studios Wolfgang Herles die innenpolitische Entwicklung seit Anfang 1989 im Vordergrund. Der liberal-konservative Journalist hat Bundeskanzler Kohl und andere politische Handlungsträger in den letzten Monaten begleitet und seine Kommentare, Eindrücke, Tagebuch-Notizen und Aufzeichnungen zu einem Buch über "Szenen aus dem deutschen Machtkampf" verdichtet, das Glotz durchaus anerkennend zum tapfersten Buch über den gegenwärtigen Geisteszustand unserer Republik erklärt hat (Peter Glotz: Notizen zum Nationalstaat, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 11/1990, S. 985).

Auch Herles warnt vor einem unterschweligen Nationalismus und nationaler Selbstgefälligkeit der Deutschen. Er schreibt aus der Perspektive eines engagierten bundesrepublikanischen Verfassungspatrioten, der selbstbewußt auf ihre materiellen Errungenschaften, auf ihre Weltoffenheit, ihre kulturelle Vielfalt und Liberalität hinweist. Er hat die Bundesrepublik nicht als Provisorium begriffen, sondern als ein gelungenes und ausbaufähiges Fundament für eine zivile Gesellschaft, die auf radikale Weise die Vergangenheit überwunden hat. Diese Erfolgsstory fand mit der Vereinigung ein jähes Ende. Nun, so befürchtet er, könne der nationale Virus durch die Vereinigung mit der DDR auf ganz Deutschland übergreifen und "eine wachsende Zahl von Deutschen nichts sehnlicher wünschen (lassen) als Ruhe und Behaglichkeit auf ihren schwarzrotgold bezogenen Kanapees". Immer wieder warnt er deshalb vor der drohenden Herauslösung des deutschen Einigungsprozesses aus der Vereinigung Europas, die für ihn von zentraler Bedeutung ist. Er zeichnet die Etappen des kollektiven Nationalrausches nach, den die Öffnung der Grenzen auslöste und die politische, ökonomische und soziale Vernunft lähmte.

Den Leser soll der Sog der Geschichte noch einmal erfassen, aber diesmal nicht sein Herz, sondern den Verstand, schreibt er im Vorwort. Wird der Chronist Herles diesem Anspruch selbst gerecht? Ohne Zweifel ist das Buch ein stilistisches Meisterstück aus der Feder eines journalistischen Senkrechtstarters. Es ist knapp, prägnant, teils bissig, teils arrogant und zu-

weilen auch überheblich geschrieben. Die zynischen Zwischentöne, die das Buch durchziehen, dürften manche Leser ärgern oder abschrecken und bei anderen den Lesegenuß steigern. Mit klug ausgewählten Zitaten läßt Herles die Herrschenden sich selbst karikieren (Kohl: "Mein Problem ist mein Erfolg"). Witzige Formulierungen ("Die kopflose SPD mit klerikalem Ostflügel") stehen neben treffenden Analysen ("Wahlkämpfe fördern nicht nur Unsinniges, sie behindern auch Vernünftiges") und maßlosen Überreibungen ("Der Bodensatz faschistoiden Spießertums in der Bundesrepublik wird aus der DDR Zuwachs erhalten und ihn aus seinem Ghetto befreien"). Die Politik, so schreibt Herles enttäuscht, habe den Deutschen keine Zeit gelassen zusammenzuwachsen. Das Eiltempo der Vereinigung, so mein Fazit, hat auch Herles zu wenig Zeit gelassen für eine nüchterne Bestandsaufnahme. Eigentlich schade, denn sein Thema verdient mit mehr Ernsthaftigkeit aufgearbeitet zu werden.

Hans-Josef Legrand

Weitere empfehlenswerte Literatur zu diesem Thema:

Thomas Schmid: Staatsbegräbnis. Von ziviler Gesellschaft, Rotbuch: Berlin 1990, 197 Seiten, DM 16,00.

Arthur Heinrich / Klaus Naumann (Hrsg.): Alles Banane, Ausblicke auf das endgültige Deutschland, PapyRossa Verlag: Köln 1990, 200 Seiten, DM 20,00.

Ralf Dahrendorf: Betrachtungen über die Revolution in Europa, Deutsche Verlags-Anstalt: Stuttgart 1990, 160 Seiten, DM 24,00.

Lothar Baier: Volk ohne Zeit, Essay über das eilige Vaterland, Verlag Wagenbach: Berlin 1990, 121 Seiten, DM 15,00.

(-/26.11.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

"Schluß mit den Kriegsvorbereitungen am Golf"

Mehr als vierzig SPD-Bundestagsabgeordnete haben sich bisher gegen "Manipulationen am Grundgesetz" und die Entsendung von deutschen Soldaten an den Golf in einer Gemeinsamen Erklärung ausgesprochen, die von der Initiative für Frieden e.V. eingeleitet wurde. Zu den UnterzeichnerInnen gehören die beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden **Herta Däubler-Gmelin** und **Wolfgang Thierse** sowie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Horst Ehmke** und das Präsidiumsmitglied **Egon Bahr**. (Die Unterzeichner riefen auch zur Teilnahme an der Antikriegsdemonstration am Samstag in Bonn auf). Damit dürfte die von der Bundesregierung erhoffte Zweidrittel-Mehrheit für eine Verfassungsänderung in Frage gestellt sein, hieß es dazu in Bonn. Die Erklärung, die am 23. November in Bonn vorgestellt wurde, im Wortlaut.

"Wir fordern den Abzug aller Truppen aus der Golfregion, die nicht der Durchsetzung des UN-Embargos oder dem Schutz Saudi-Arabiens, sondern der Vorbereitung eines Angriffs auf den Irak dienen. Es darf keine Unterstützung der Kriegsvorbereitungen durch die Bundesregierung geben, weder durch Waffenexporte noch durch die Entsendung von deutschen Soldaten.

Wir verurteilen die Aggression gegen Kuwait und den Bruch des internationalen Rechts, die Geiselnahme und den Terror gegen Minderheiten und Opposition durch das brutale Hussein-Regime.

All dies rechtfertigt keinen Krieg. Ein Krieg im Nahen Osten löst keine Probleme, sondern schafft nur neue. Er erlöst die Geiseln nicht aus ihrem Leid.

Wir verurteilen die politische Untätigkeit der Bundesregierung. Während Frankreich die Freilassung aller französischen Geiseln bewirkte und sich für eine Nahost-Friedenskonferenz einsetzte, versuchte der Bundeskanzler die Friedensmission Willy Brandts in den Irak zu hintertreiben.

Unter dem Vorwand, das vereinte Deutschland müsse "verstärkt mehr internationale Verantwortung übernehmen", wollen Bundeskanzleramt und Verteidigungsministerium die Strategie der Bundeswehr und dafür das Grundgesetz ändern. Weltweite Verantwortung verlangt aber nicht deutsche Soldaten, sondern deutsche Diplomaten "an die Front" der Krisenregion im Golf.

Nach dem Überfall des Warschauer Paktes auf die Tschechoslowakei 1968 hatte nicht eine militärische Eskalation, sondern die Entspannungspolitik Willy Brandts den Frieden in Europa gesichert und schließlich zum Sturz der Diktaturen in Osteuropa beigetragen.

Was für Europa gilt, gilt auch im Nahen Osten:

Durch den Krieg würde das vernichtet, was verteidigt werden soll, durch Entspannung wird das bewahrt, was es zu verteidigen gilt: den Frieden, die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- * politische Initiativen für die Freilassung aller Geiseln im Irak und für eine friedliche Lösung des Golf-Konfliktes;
- * die Unterstützung und Vorbereitung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten, die auf die positiven Erfahrungen mit der Entspannungspolitik in Europa zurückgreifen kann;
- * die Verhinderung von weiteren Waffenexporten in den Nahen Osten und den Verzicht auf Manipulationen am Grundgesetz, die den Weg für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr eröffnen.

(Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich durch Mahnwachen, Unterschriftenaktionen und Beteiligung an der Friedensdemonstration in Bonn am 24. November 1990 gegen den Krieg und für den Frieden am Golf einzusetzen.)

Egon Bah; Rudolf Bindig; Edelgard Bulmahn; Ulrich Böhme (Unna); Arne Börnsen; Wolf-Michael Catenhusen; Peter Conradi; Herta Däubler-Gmelin; Freimut Duve; Jürgen Eger; Horst Ehmke; Gernot Erier; Alfred Emmerlich; Katrin Fuchs; Monika Ganseforth; Conny Gilges; Peter Glotz; Ingomar Hauchler; Günther Heyenn; Uwe Holtz; Horst Jungmann; Eckart Kuhlwein; Albrecht Müller; Michael Möller; Edith Niehuis; Günter Oesinghaus; Klaus-Dieter Osswald; Horst Peter; Bernd Reuter; Rudi Schöffberger; Renate Schmidt; Ottmar Schreiner; Lisa Seuster; Horst Sielaff; Sigrid Skarpelis-Sperk; Hartmut Soell; Peter Struck; Margitta Terborg; Wolfgang Thierse; Jürgen Vahlberg; Barbara Weiler; Ernst Waltemathe; Rudi Walther; Konstanze Wegener; Gert Weisskirchen; Berthold Wittich.

(-/26.11.1990/rs/ks)
